

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt Nr. 255.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7400.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Verkauf:

Tagblatt Nr. 255-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7400.

Preise: Wenn Verlag bezogen: M. 24.50, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 25.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 26.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt. — Verschickungen aber Strafen haben die Empfänger keinen Anspruch auf Befreiung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.

Abgabestellen: Ortliche Anzeigen M. 4.—, Finanz- und Polizeibehörden-Anzeigen M. 6.—, auswärtige Anzeigen M. 8.—, örtliche Kleinanzeigen M. 10.—, auswärtige Kleinanzeigen M. 12.— für die ersten 100 Zeilen, darüber hinaus M. 15.—. — Bei wiederholter Aufnahme unwiederholter Anzeigen auf besonderen Nachtrag. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Verleger: Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 61, Bismarckstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 16300.

Freitag, 2. Juni 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 255. • 70. Jahrgang.

Die Zukunftsaussichten der deutschen Wirtschaft in Bulgarien.

Von unserem nach Sofia entsandten Sonderberichterstatter.

Sofia, Ende Mai.

Hier wie überall, wo Bulgarien mit Deutschland in Verbindung stand, bedeutet das Kriegsende eine jähe Trennung aller vorher bestandenen Beziehungen, und als es die Verhältnisse nach der Beruhigung des Landes wieder erlaubten, mußte der Handel mit Deutschland ganz neu aufgebaut werden. Zur Zeit der Besetzung durch die Entente lag der Handel mit Deutschland vollkommen brach, kaum daß durch irgendwelche Vermittlung deutsche Waren nach Bulgarien gelangten. Man brauchte aber dringend Waren aller Art und war deshalb genötigt, in den Ländern der Entente und den sonstigen in Betracht kommenden neutralen Ländern zu kaufen, obgleich die durchweg hohe Valuta dieser Länder die Waren enorm verteuerte. Namentlich suchte damals Italien sich den bulgarischen Markt zu erobern, obgleich man bald in bulgarischen Handelskreisen wegen des ungemein unpraktischen Lieferens, sowohl was zeitliche Verabredung als auch Qualität der Ware betraf, sehr ungern mit italienischen Firmen verkehrte. Als nun endlich 1920 mit Deutschland ein einigermaßen normaler Verkehr eingekehrt konnte, stürzte sich alles auf die deutschen Waren. Wohl war der Import noch längere Zeit sehr schwach, weil sich dauernd ein Gerücht erhielt, die Entente kontrolliere die Einfuhr deutscher Waren und nehme dann auf Konto der Reparation eventuell Konfiskationen vor. Erst als dieser Glaube beseitigt war, setzte dann der große Import ein.

Es spielen nun für die augenblickliche Lage die politischen Verhältnisse eine große Rolle, denn die Regierung der Bauernpartei sorgt tatsächlich nur für ihre Bauern; man kann ruhig sagen, daß alle Waren, die der Bauer braucht, also landwirtschaftliche Geräte, Sämereien usw. zu ganz niedrigen Preisen ohne Schwierigkeiten eingeführt werden können, während Waren, die den Bedarf der Städte betreffen, z. B. mit unerschwinglich hohen Zöllen belastet sind, angeblich, weil sie „Luxuswaren“ sind. Unter diese Rubrik fallen z. B. auch Zahnbürsten, während Goldborden, wie sie die Bäuerinnen an ihren Kleidern verwenden, zollfrei sind. Ein kleiner Spiegel für den Bauer ist zollfrei, ein größerer, wie man ihn in der Stadt zu verwenden pflegt, unerschwinglich hoch verzollt. Diese Tarifpolitik ist zurzeit ganz unmöglich, daß etwa Parfümerien und bessere Seifen hier eingeführt werden, obgleich solche Artikel bei der in diesen östlichen Städten außerordentlich starken Nachfrage nach dergleichen Waren ein äußerst lohnendes Absatzgebiet fänden, besonders da die früher vorherrschenden französischen Artikel nunmehr viel zu teuer sind.

Gesucht sind eigentlich alle Artikel, die Deutschland ausführen kann, doch stehen wohl in erster Linie Maschinen, elektrische Artikel (Elektromotoren, Glühlampen), (Kupferdraht und andere Kupferartikel werden zurzeit noch in der Hauptsache aus Italien bezogen). Ferner Chemikalien, Farben, Drogen und Arzneimittel. In der Einfuhr von Papier hat Italien anscheinend noch das Übergewicht. Es ist nicht gut möglich, einen Artikel zu nennen, der nicht gesucht wäre, da Bulgarien an eigener Produktion noch sehr arm ist, abgesehen von solchen Artikeln, die als ausgesprochene Luxusgegenstände von der Einfuhr ausgeschlossen sind; dazu gehören z. B. Klaviere, Musikinstrumente und Möbel.

Unter den einführenden Ländern steht Deutschland jetzt an erster Stelle. Sein ernstlicher Konkurrent ist nur noch die Tschechoslowakei und für Eisenwaren Belgien, das durch die auf Reparationskonto bezogenen deutschen Waren deutsche Waren zu unterbieten sucht.

Als Ausfuhrartikel aus Bulgarien kommen hauptsächlich Tabak, Getreide und Rosenöl in Betracht. 1921 ging der Tabak in erster Linie nach Deutschland, an zweiter Stelle nach Amerika. Auch für dieses Jahr sind von Deutschland schon große Tabakbestellungen gemacht, die eine starke Preissteigerung hervorgerufen haben; der Preis stellt sich in Bulgarien auf 70 Leva pro Kilogramm gegen 25 bis 30 Leva vor fünf bis sechs Monaten.

Es sind in Bulgarien noch große Möglichkeiten geboten für Unternehmungen anderer Art, namentlich in Mühlenbetrieben, Holzindustrie (große Malmöhlen) und Zement- und Zementwarenindustrie. Es sind jetzt wieder einige Betriebe im Gange, in denen deutsches Kapital arbeitet. So ein großes Kalkwerk in Pleven und eine große Eisenschmelze in Rarna.

In Bergwerken könnte nach sehr viel Kapital

untergebracht werden und ist auch sehr gesucht, da flüssiges Geld hier sehr wenig vorhanden ist. Bei Pernik besteht ein großes Kohlenbergwerk, das erst von den Deutschen 1916 richtig in Betrieb gesetzt wurde, ebenso ein Kupferbergwerk in Elisena, das heute noch seit dem Abzuge der Deutschen geschlossen ist. Es muß jedoch bemerkt werden, daß bei Bergwerksunternehmungen größte Vorsicht am Platze ist, da sehr viel Schwindel getrieben wird. So wurden von verschiedenen Stellen drei Sachverständige nach Dragoman zur Begutachtung eines Braunkohlensagers geschickt, das in Wirklichkeit gar nicht existiert. Ein Eindringen in die bulgarische Industrie wäre leicht zu bewerkstelligen, da die nennenswerten Betriebe zumeist Aktiengesellschaften sind. In ganz Bulgarien besteht nur eine Glasfabrik, die nicht entfernt den Bedarf decken kann. Ein solches Unternehmen neu zu gründen, hätte sicher Erfolg.

In Gummiwaren, Baumwolle und Automobilen steht Italien noch vor Deutschland, wogegen es in Hanf- und Flachswaren, wo es bisher allein lieferte, völlig verdrängt worden ist. Dasselbe könnte leicht für Automobile der Fall sein, wenn eine größere Industrie sich dieses Zweiges annehmen wollte und eine Niederlage zugleich mit einer Reparaturwerkstätte schaffen würde. Dergleichen hätte auch eine Waggon-Reparaturwerkstätte große Aussichten auf Erfolg, da es nur eine solche Anstalt in Bulgarien gibt, die nicht entfernt imstande ist, die zu etwa neun Zehnteln reparaturbedürftigen Eisenbahnwagen instandzusetzen.

Von bulgarischen Handelsleuten wurde mir öfter geklagt über die Klausel „Freibleibend“, die schon viel böses Blut gemacht hat; zu deren Vermeidung sollten die Deutschen lieber einen höheren Preis veranschlagen, als mit Hilfe dieser Klausel nachträglich den Preis zu erhöhen. Größte Vorsicht sollten die deutschen Firmen bei der Einrichtung von Vertretungen durch Einheimische anwenden, da sehr viele zweifelhafte Existenzen sich mit dergleichen Geschäften befassen. Von deutscher Seite wird hier vielfach darüber geklagt, daß deutsche Firmen ihre Kataloge in französischer oder englischer Sprache abgefaßt hätten. Nun ist die englische Sprache hier absolut wertlos; die französische ist ebenfalls überflüssig, da in Handelskreisen die deutsche Sprache mindestens dieselbe Stellung einnimmt wie die französische. Wenn schon eine Firma für Bulgarien einen Katalog in einer fremden Sprache abfassen will, so soll sie ihn in der bulgarischen Sprache erscheinen lassen.

Für den Verkehr mit bulgarischen Geschäftsleuten ist zu beachten, daß es nicht zu empfehlen ist, ihnen Kredit zu gewähren. Auch nicht gegen Referenzen! Denn es ist schon mehrfach vorgekommen, daß der bulgarische Käufer eine Ware einmach nicht angenommen hat, weil sich der Kurs der Mark seit seiner Bestellung geändert hatte. Der Lieferant muß dann große Lagerkosten bezahlen, und womöglich wird die Ware durch das Zollamt versteigert. Eine Sicherheit bietet also nur eine Anzahlung von etwa einem Drittel der Kaufsumme.

Für den Abschluß größerer Unternehmungen sind unbedingt Deutsche heranzuziehen, die eine langjährige Kenntnis des Landes besitzen. Bei Verträgen mit Regierungsstellen ist zu beachten, daß Bestechung eine große Rolle spielt und schon abgeschlossene Verträge von heute auf morgen für ungültig erklärt werden können.

Für den ganzen Handel von Deutschland nach Bulgarien von tiefgreifender Bedeutung sind die Verkehrsverhältnisse, die augenblicklich noch viel zu wünschen übrig lassen. Der am meisten gebrauchte Weg ist der Seeweg von Hamburg nach Rarna oder Burgas, der eine Zeit von rund vier Wochen in Anspruch nimmt. Aber die Ausfuhrverhältnisse in den bulgarischen Häfen hätte ich viele Klagen, da man dort sehr wenig sich gewöhnen kann mit den Waren umgeht, was schon viele Beschädigungen zur Folge gehabt hat. Es ist deshalb sehr gute Verpackung nötig.

Der Eisenbahnweg über Südslowenien ist vorerst noch kaum zu gebrauchen, da er außerordentlich teuer ist und außerdem keinerlei Garantie für das Eintreffen der Ware zu einem bestimmten Zeitpunkt bietet. Bis zur südslowenischen Grenze brauchen die Waren ungefähr sechs Tage, dort bleiben sie liegen auf unbestimmte Zeit. Ein Fall als Beispiel: In eine Importfirma waren aus Deutschland Pakete abgeschickt am 30. Dezember 1921; bis heute ist ein Paket an Ort und Stelle eingetroffen. Aber die von Deutschland ausgehenden Postkontrollen hätte ich nichts Günstiges. Der einzige natürliche Weg, der Donauweg, ist zu teuer, da die Fracht in Schweizer Franken bezahlt werden muß. Dazu kommt noch der Mißstand, daß der Rarische Ploß keinen Stückgutverkehr hat; er vermietet

mohl Schlepper an Spediteure, die aber nur in zwei Häfen während einer Fahrt anlegen dürfen. Ein Spediteur muß deshalb warten, bis er genügend Fahrt beisammen hat, so daß auch auf diesem Wege vorerst noch keine Sicherheit für rechtzeitiges Eintreffen der Ware besteht. Wie mir auf der deutschen Gesandtschaft gesagt wurde, ist die Einrichtung eines Stückgutverkehrs dem Bayerischen Ploß schon manchmal nahegelegt worden, ohne daß bisher eine Änderung eingetreten wäre. Es wurde mir der Vorschlag gemacht, eine deutsche Industriegruppe solle einen eigens für deutsche Waren bestimmten Donauverkehr einrichten, wo dann die Bezahlung in Mark erfolge; das ganze Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft, da durch die Spesen um 50 Prozent erniedrigt werden könnten. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, daß die deutsche Industrie sich in Bulgarien einen technischen und kaufmännischen Beobachter halten solle, der über geplante staatliche und andere Unternehmungen sowie wirtschaftliche Veränderungen nach Deutschland berichten soll, damit unmittelbar nach Auftreten eines Projektes sofort eine deutsche Firma mit Vorschlägen zur Hand sein kann, eine Einrichtung, die bei verhältnismäßig geringem Kostenaufwand der deutschen Industrie große Möglichkeiten erschließen würde.

Der wiedererwachende polnische Terror

Br. Brest, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Über die Polarisierung zu den obersteilischen Unruhen erfahren wir von autorisierter Seite, daß bereits seit geraumer Zeit in polnisch-Oberhessen die deutschen Arbeiter und Beamten angesichts der bevorstehenden Übernahme des Gebietes durch Polen aufgefordert worden sind, das polnisch werdende Oberhessen zu verlassen. So wurden vor kurzer Zeit im Kreis Bresten mehrere Bauarbeiter aus Gleiwitz von polnischen Leuten vertrieben. Auch in Raurahütte zeigt sich starker polnischer Terror. Dieser von polnischer Seite ausgeübte Druck erzeugt Gegenbrand. So verließen in Gleiwitz und Bielefeld deutsche Arbeiter durch Gesammelnahmen dem polnischen Terror entgegenzuwirken. Diese ersten Zwangsmaßnahmen hatten zur Folge, daß nunmehr von polnischer Seite im polnisch werdenden Oberhessen das Verbot zum allgemeinen Terror gegen deutsche Beamte und Arbeiter gegeben wurde. Aus zahlreichen Orten Oberhessens werden solche Terrorfälle gemeldet, insbesondere aus Rurau und Rohlau. Im letzten Ort verließen die Polen deutsche Arbeiter als Geiseln festzunehmen. In zahlreichen Orten wurden auch die deutschen Bewohner durch Drohbriefe aufgefordert, das Gebiet so schnell wie möglich zu verlassen. Zu den Unruhen in Rattowin ist noch zu melden, daß die polnischen Demonstranten sich erhebliche Ausschreitungen zuschulden kommen ließen. In Belschlag-Süd wurde das Geschäft eines deutschen Kaufmanns ausgeraubt. In Ferdinand wurde der dortige Dominikanerorden schwer verletzt. Nach den vorliegenden Meldungen ist zwar in Rattowin und Rohlau die Ruhe noch nicht wieder hergestellt, dagegen wurden in der Stadt Rattowin eine große Anzahl deutsche Geschäfte geplündert. Aus Rattowin wurde ein Handarbeitsnähmaschinen auf die dort erscheinende deutsche Zeitung gemeldet. Im Kreis Tarnobrunn sind zahlreiche deutsche Familien durch Drohbriefe schwer bedrängt worden. Auch aus Antonienhütte werden neue Unruhen und Terrorfälle gemeldet. Die bisherige Unsicherheit hat bereits zur Folge gehabt, daß der Zuverkehr in Rattowin gerät in Gefahr. Im polnisch werdenden Teil Oberhessens haben die Besenden des Geschäftsausschusses durch das polnische Eisenbahnpersonal ausgesetzt. Die deutsche Presse verurteilt einmütig heftigen Terror, ganz gleich, von welcher Seite er ausgeht wird; die polnische Presse hebt jedoch nach wie vor, und die „Oberhessische Grenzzeitung“ im besonderen, auf die ironisch über die polnischen Deutschen, die aus Anlaß der Unruhen mißhandelt worden sind. Sie fordert sogar die Festnahme von deutschen Geiseln im polnisch werdenden Oberhessen und hält es für unerlässlich, ob die polnische Bevölkerung sich von weiteren Unruhen abhalten lassen wird. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als in Wirklichkeit einen Aufruf zu neuen Terrorakten gegen die deutschgesinnten Oberhessler.

Eine Erweiterung des deutsch-russischen Vertrages.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Tschitscherin wird am Freitag in Berlin eintreffen. Bei dieser Gelegenheit werden die Verhandlungen über Erweiterung des deutsch-russischen Vertrages auf die übrigen Sowjetrepubliken und über die notwendig werdenden Handels- und Konsularverträge wieder aufgenommen werden.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zu den Gerüchten, daß Tschitscherin am Freitag zu Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag und über konsularische Verträge hier eintreffen wird, erfahren wir, daß bei der hiesigen Sowjetregierung heute noch nichts über das Eintreffen des russischen Außenministers bekannt war. Verhandlungen über die Ausfuhr des Kaspianvertrages können nicht geführt werden, bevor nicht der Vertrag vom Reichstag genehmigt worden ist. Bisher haben nur unverbindliche Besprechungen zwischen Mitgliedern der russischen Delegation und Vertretern des Auswärtigen Amtes über Punkt 3 des deutsch-russischen Vertrages (Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen) stattgefunden. Das läßt erwarten, in den nächsten Tagen auch eine Verhandlung über die Ausdehnung des Kaspianvertrages auf die Ukraine in Aussicht genommen sind, geht daraus hervor, daß der Leiter der osteuropäischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Hr. v. Matschuk, morgen in Urlaub geht.

Die Reparationsdebatte im Unterhaus.

W. T. B. London, 1. Juni. Die gestrige Reparationsdebatte im Unterhaus wurde durch den Arbeiterführer Clones einleitet, der u. a. fraate, für wie lange Zeit die Ruhrfrage aufgeschoben worden sei infolge der in den letzten Tagen zwischen Frankreich und Deutschland durch die Reparationskommission erteilten Vereinbarung. Die Debatte mit militärischer Gewalt zur Eintreibung der Reparationen sei eine dauernde Quelle der Ungewißheit; sie bedeute ein ernstes Hindernis für das wirtschaftliche Wiederaufleben in England. Clones fragte ferner, ob Großbritannien in irgend einer Weise zur Teilnahme an einer solchen Invasion oder einer erweiterten Belagerung deutschen Gebietes verpflichtet sei, und fragte, ob angesichts der jetzt in Aussicht stehenden Regelung nicht der angegebene Augenblick gekommen sei, um die Zurückziehung der britischen und französischen Truppen aus dem Gebiet Deutschlands zu vereinbaren. Welche Einwände könnten gegen internationale Anleihen bestehen, die für die Tilgung von Deutschland vorgeschlagen wurden, um Deutschland in den Stand zu setzen, wenn auch nicht die gesamten Reparationen, so doch bestimmt einen großen Teil zu bezahlen? Könnte man dies von Deutschland nicht viel besser erlangen durch Übereinkommen oder durch Schiedsgerichte, als durch Anwendung von Gewalt? Eine Vereinbarung mit Deutschland innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft würde für alle Länder das Beste sein.

Kennworthy erklärte, im Hinblick auf Rußland habe es seinen Zweck zu verfolgen, Rußland in die Gemeinschaft der Nationen zurückzuführen. Was Deutschland anbetreffe, so müßten die Reparationen bis zu dem Maße des Durchführbaren bezahlt werden. Wenn man wirklich die Lage Europas bessern wolle, so müsse man alles anwenden, um die Zurückziehung der Belagerungsarmee zu erreichen, die sich in der Hauswirtschaft nicht als genügendes Mittel erwiesen hätten, um Deutschland zu zwingen, da man stets mit einer neuen Invasion drohen müsse. Das Belagerungsheer habe bereits mehr verhängen, als man von Deutschland erhalten habe. Jedermann, der die verarmten Gebiete Frankreichs gesehen habe, könne sich nach ihrer Wiederherstellung. Wie viel von dieser Arbeit hätte bereits geleistet sein können, wenn man das Geld, das die Belagerungsarmee verhängen hätten, zu Wiederaufbauarbeiten anwenden hätte! Nach seiner Ansicht sei das englische Volk von der Notwendigkeit des Baus eines mit Frankreich überzogenen, bevor ein ernstlicher wirtschaftlicher Versuch unternommen worden sei, den Völkernbund zu verbessern und zu erweitern. Wenn der Völkernbund zu einer Wirtschaftlichkeit würde, würde er eine viel bessere Verteidigung für Frankreich bedeuten als jeder Akt von Gewalt oder jedes militärische Bündnis.

Die Aufnahme der internationalen Anleihe in Amerika.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zu der Tendenz, die amerikanische Regierung die belagerten, es sei wahrnehmbar, daß die amerikanische Regierung das amerikanische Publikum vor einer Beteiligung an der Reparationsanleihe warnen wird, erzählt die „N. Y.“, die Warnung wird nur formell erfolgen, weil sich die Regierung gegen jede Verantwortung in europäischen Geschäften wehren will. Es ist bekannt, daß Hughes und Hoover in einem gewissen Gegensatz zu Präsident Harding die Komplexionen des Nichtbeteiligungsgefühls an europäischen Angelegenheiten auf die Spitze treiben. Sie hatten bisher immer nur eine Privatbeteiligung an den europäischen Geschäften abgelehnt, aber daß sie eine Warnung gegen eine noch nicht beschlossene Anleihe erteilen oder auch nur die Absicht dazu bekunden haben sollten, sei ganz ungewöhnlich, denn die Pläne eines Organ und die Pläne der amerikanischen Regierung seien bisher noch nie ernstlich auseinandergegangen.

Noch keine endgültige Stellungnahme der Vereinigten Staaten für die Konferenz im Haag.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „N. Y.“ aus Washington berichtet, hat das Staatsdepartement gestern mitgeteilt, daß eine informelle Einladung zur Haager Konferenz eingegangen sei, und daß die amerikanische Regierung in Anbetracht des Umstandes, daß die Konferenz im Haag lediglich eine Fortsetzung von Genoa sein wird, einstweilen noch nicht zugehen könne, ob sie diese Einladung annehmen könne.

Beratungen der Botschafterkonferenz.

W. T. B. Paris, 31. Mai. Die Botschafterkonferenz hat heute vormittags mit den auf Grund des Vertrages von Trianon zu regelnden Grenzfragen beschäftigt. Sie wird die tschechoslowakische Regierung auffordern, auf ihrem Hoheitsgebiet Radiorundfunk nach dem in der Angelegenheit von Petersdorf verwickelten Deutschen Genrad zu veranlassen und ihn der internationalen Kommission in Oberschlesien auszuliefern.

(A. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Schiffbruch.

Roman von Margarete Schmitt.

Da fiel ihm mit einem Mal ein, daß das Part im „Jonas Runners“ nun freigegeben war. Es betrug 100 000 M. Wer würde es übernehmen? „Donnerwetter, wenn du Geld hättest“, ging es Jürgenfen durch den Kopf. Er kam gar nicht mehr von dem Gedanken los. Daß er bei seinen ausgezeichneten Examina und Zeugnissen den Kapitänsposten erhalten würde, stand ihm außer Zweifel. Aber woher das Geld nehmen, das verdammt Geld! Ob die alte Ziemssen es vielleicht stehen ließe? Aber nein. Nie würde er es fertig bringen, so gewissermaßen auf geborgter Kommandobrücke zu stehen. Aber trotzdem kam und kam er nicht von dem Gedanken los. Und je mehr er sich darin verhielt, desto deutlicher erstand das Bild der jungen Maria Ravensstein vor seinen Augen. Sie hatte mit ihrer Tante, bei der sie lebte, in derselben Pension in Wiesbaden gewohnt wie er, und das hatte er sofort gefühlt, sie hatte ihn vom ersten Augenblick an geliebt.

Er blieb ihr gegenüber anfangs ziemlich kühl. Er mochte die starken, lebensvollen Frauen, und dieses schmale Mädchen mit den kurzschäftigen Augen und blassen Lippen entsprach durchaus nicht seinem Geschmack. Aber mit der Länge der Zeit blieb die tiefe Leidenschaft, die ihm aus Maria entgegenstrahlte, doch nicht ohne Eindruck auf ihn. Er spürte instinktiv, daß sie eine Frau von grenzenloser Hingabe sein würde und es erhob ihn vor sich selbst, daß dieses seine, seine Geschöpf ihm so offen ihr Herz entgegenbrachte. Denn sie war wirklich ein feiner und reiner Mensch. Das erkannte er, je länger er sich mit ihr beschäftigte, und manchmal überkam es ihn fast wie eine Beschwörung, wenn er der zahllosen kleinen Niederkümmungen gedachte, mit denen er seine Gefühle vergette hatte.

Was ihm hier entgegenblühte, war etwas ihm so Neues — absolute Reinheit und tiefste Leidenschaft zusammen — daß er doch allmählich ziemlich herauscht

Rundgebungen gegen die rheinischen Sonderländer.

Br. Köln, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gegenüber dem Treiben der Sonderländer laufen täglich aus allen Ecken des Reiches Nachrichten über Protestkundgebungen ein. In Köln erheben die Vertreter aller Parteien scharfen Widerspruch gegen derartige Bestrebungen. Im Stadtrat zu Verdun wurden die Sonderbündlerischen Pläne vom Bürgermeister heftig abgelehnt. Der Bezirksrat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Neumünster wies das Treiben der Separatisten energisch zurück. In Trier wurde in einer großen Versammlung ebenfalls in scharfen Worten die Bewegung der Sonderländer verurteilt.

Das deutsche Eigentum in Belgien.

D. Zürich, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „N. Zürcher Ztg.“ soll in Belgien mit der Liquidation der belagerten deutschen Güter begonnen werden, falls nicht die von Graberger unterzeichnete Konvention von der deutschen Regierung durchgeführt wird.

Die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland.

W. T. B. Essen, 31. Mai. Die Nachrichten über die steigende Einfuhr britischer Kohle nach Deutschland langen an. Bedenklich anzu sein. Nicht nur, daß Großbritannien das alte Abgabegeld für seine Kohle an der deutschen Westküste in vollem Umfang wieder zu gewinnen im Begriffe steht, englische Kohle hat auch zur Versorgung des deutschen Verbrauchs wieder ihren Weg zurück aufwärts gefunden. Ja selbst in das rheinisch-westfälische Industriegebiet dringt sie ein; da hier verschiedene Eisenwerke sich genötigt sehen, angesichts der unzureichenden Belieferung mit deutscher Kohle auf die britische Kohle zurückzugreifen.

Die bedrohliche Erscheinung der zunehmenden Versorgung des deutschen Bedarfs mit englischer Kohle entspringt ausschließlich der Knappheit an heimlicher Kohle. In den ersten vier Monaten dieses Jahres lieferte uns England fast 100 000 t Kohle im Werte von 2,1 Milliarden Mark. Nach den neuerlich vorliegenden Meldungen wird aber die Einfuhr britischer Kohle nach Deutschland, sofern ihr nicht durch eine Mehrförderung von deutscher Kohle begegnet wird, in der nächsten Zeit eine außerordentliche Steigerung erfahren. Es erscheint danach keineswegs ausgeschlossen, daß im laufenden Jahre die Einfuhr des britischen Kohle 9 Millionen Tonnen, 1913 bezogen wir an britischer Kohle 15 Millionen Tonnen, diese Menge würde einen Wert von 1,5 Milliarden Mark darstellen. Man muß daher durch geeignete Vereinbarungen mit den Bergarbeiterorganisationen dafür sorgen, daß die Einfuhr der englischen Kohle durch vermehrte Förderung deutscher Kohle verringert bzw. ganz erloscht wird.

Tagung des internationalen Gerichtshofes.

D. Paris, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal des Debats“ meldet, daß der Internationale Gerichtshof am 13. Juni im Friedenspalast im Haag zusammentreten werde, um mehrere Gutachten zu erteilen, die ihm vom Völkerbundrat überwiesen worden sind.

Das englisch-italienische Bündnis.

D. Rom, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach diesen Blättermeldungen wird sich Außenminister Schanzer in den nächsten Tagen zum Abschluß des in Genoa vorbereiteten englisch-italienischen Abkommens nach London begeben.

d'Annunzio rechtfertigt sich.

D. Mailand, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) d'Annunzio landete an den Ministerpräsidenten Facta einen Brief, worin er diesem Anschluß über seine Unterredung mit Tschitcherine und andern ausländischen Sozialistenrührern gibt. Die „Tribuna“ Mailand veröffentlicht eine Erklärung, in der sie betont, daß der Unterredung d'Annunzio mit Tschitcherine keinerlei politische Bedeutung zukomme, sondern daß es sich nur um eine rein persönliche Unterredung d'Annunzio handle.

Die Wahlen in Ungarn.

D. Budapest, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Wahlen in Ungarn haben mit einem überwältigenden Sieg der Realen begonnen. Dieses Ergebnis kann bei dem ausgeübten Terror und bei einem Wahlergebn, das geheimer Wahlmünze nur in den Städten größeren Umfanges vorliegt, nicht überraschen, gibt aber von der Volkstimmung, wie sie wirklich ist, natürlich kein Bild.

Schwere Kämpfe in Uster.

W. T. B. London, 30. Mai. (Reuters.) Die Lage in Uster wird immer ernster. Schwere Kämpfe haben Sonntagnacht an der Grenze bei Hermanagben stattgefunden. Ein Volkst und fünf Aufrührer wurden getötet und viele verwundet.

davon wurde. Nicht ganz, denn sonst hätte er doch wohl an eine Heirat gedacht. Andere Gedanken aber wären ihm bei diesem Mädchen nie gekommen. So lebte er ohne rechte Überlegung neben Maria und ihrer Tante dahin. Er hatte von dieser erfahren, daß ihre Nichte wohlhabend und, da ihre Eltern verstorben, ganz unabhängig sei und bei ihr lebe. Im übrigen war die Tante, Frau Werthern, ein ebenso schweigsamer Mensch wie Maria, das schien in der Familie zu liegen. Aber Jürgenfen mochte diese Schweigsamkeit gern. Frauen, die so viel redeten und ihre Geistreichheit wie auf einem Tablett vor sich hertrugen, konnte er in den Tod nicht ausstehen. Und mit Frauen hatte er öfter daran gedacht, daß er, wenn er einmal heiraten sollte, etwa eine Frau bekommen könnte, die sich einbildete, daß sie ihn den ganzen Tag unterhalten müsse. Nein, darin litt es bei der jungen Ravensstein keine Not, sie konnte eine halbe Stunde lang neben ihm sitzen, ohne mehr als ein paar Worte zu sprechen. Sie deutete dann nur manchmal auf irgend eine Wollenbildung am Himmel, auf eine Blume oder ein Vögelchen, und ohne lange Erörterungen freuten sie sich gemeinsam des Geschehenen. Denn Heinrich Jürgenfen liebte, ebenso wie sie, die Natur über alles.

Dann kam der Tag der Abreise. Maria brachte den Scheidenden zur Bahn. Er hatte abgewehrt: es sei zu viel der Güte und so weiter, aber es hatte ihm nichts genützt. Wortlos standen die beiden auf dem Perron herum, bis das Abfahrtsgeklänge ertönte. Maria war erschreckend blaß und ihre Hände flatterten nervös hin und her. Ein paarmal sah sie ihn an mit einem Ausdruck in den Augen, wie ein gequältes Tier ihn hat, aber er wußte nichts dazu zu sagen. Als er ihr dann zum Abschied die Hand reichte, preßte sie ihre beiden Hände um die seine.

„Sie schreiben“, rief sie hervor, „nicht wahr, Sie schreiben?“

„Ja, ich schreibe bestimmt“, erwiderte er. Dann

tolte der Zug davon. Die Zurückbleibende wandte sich mit einem jähen Ruck um. Hatte er sich getäuscht, oder

schlug sie wirklich in lautem Aufweinen die Hände vor das Gesicht?

Longe ging ihm noch das Bild durch den Sinn. Zu Hause angekommen, erfuhr er dann von Ziemssens Tod.

Was war es nun gewesen, daß er nach ein paar Tagen, nachdem er sich vorsichtig bei der Reederlei des „Jonas Runners“ erkundigt, ob seine Bewerbung um das Kapitänspost wohl Aussicht auf Erfolg haben würde, einen Brief an Maria schrieb und sie bat, seine Frau zu werden? Nur Berechnung? Hatte er sie nicht auch lieb? War ihm ihre ganze Art nicht besonders angenehm? War er nicht stets geküßelt gewesen von der Dankbarkeit, mit der sie seine geringen Aufmerksamkeiten empfing? War sie nicht ein guter, anständiger Mensch, wie es nicht viele von der Art gab? Nein, den Vorwurf kalter Berechnung konnte sich Heinrich Jürgenfen nicht machen, während er schlaflos lag und grübelte. Daß damals, als er den Brief schrieb, der Gedanke ausschlaggebend gewesen war: diese Frau würde niemals und unter keinen Umständen auf ihr Geld pochen, gestand er sich ehrlicherweise ein. Alles Wenn und Aber war dann ja auch vergessen, als er Maria als seine Braut in die Arme schloß und von ihrem überfliegenden Glück gerührt und förmlich erschüttert war. Nein, eine bessere Wahl hätte er gar nicht treffen können. Gab es irgendwo auf der Welt noch eine Frau, die ihn tiefer und selbstloser geliebt hätte? War sie nicht entzündend in ihrer leidenschaftlichen Hingabe? Wie süß war ihre Zärtlichkeit, wie fein ihr Verstand, wenn er einmal mißgestimmt war. Ach, sie war doch ein liebenswertes Geschöpf. Wenn nur diese verdammt Eifersucht nicht gewesen wäre! Damit vergällte sie ihnen beiden das ganze Dasein. Nein, nein, er durfte nicht mehr weh werden, wenn sie ihn auch noch so reuig um Verzeihung bat, er mußte eben seine Frau zur Selbstbeherrschung mit aller Strenge erziehen, wenn es ihm nicht in Güte gelang. Sonst war ja sein ganzes Leben verpfuscht.

Mit diesem Voratz schlief Heinrich Jürgenfen endlich ein.

(Fortsetzung folgt)

Deimling über den Wiederaufbau.

Br. Tübingen, 1. Juni. General v. Deimling, der hervorragende Führer, hat in einer Verammlung der Deutschen demokratischen Partei in Tübingen zu der reaktionären Agitation Stellung genommen. U. a. erklärte er: „Das Ganze kammeln“ heißt die Parole. Die deutsche Volksgemeinschaft brauchen wir. Das heißt eine solche Volksgemeinschaft nur auf dem Boden der demokratischen Republik möglich ist. Sollten auch Monarchisten und Aristokraten einlehen. Wir haben nun einmal die Republik und werden sie auf unabsehbare Zeiten haben. Die Entwicklung der Zeit bewegt sich in der Richtung der Demokratie. . . . Viele glauben, eine Vaterlandsliebe gebe es nicht in der Mitte, sondern nur ganz rechts. Im Gegenteil ist die Vaterlandsliebe dort, wo Aufbauarbeit geleistet wird und nicht bloß negiert wird. Getragen von einer großen Volksgemeinschaft könnte die deutsche Regierung auch dem Ausland gegenüber viel stärker auftreten.

Noch eine Lehre ist aus dem Kriege zu ziehen: der Glaube an die große, unzerstörbare Kraft, die im deutschen Volke ruht. Das deutsche Volk hat mit einem Heldentum gekämpft, der in der Welt einzig dasteht. Es gibt aber Deutsche, die dem deutschen Volke vorwerfen, es habe nicht ausgehalten („Dolchstoßlegende“). Der Zusammenbruch habe viele Ursachen. Die entscheidende Rolle aber hat die ungeheure Übermacht der Feinde an Menschen und Material und die Ausnahmslage gespielt. Wir waren einfach fertig, erschöpft; der Boden war überspannt und mußte platzen. Schuld sind diejenigen, die es nicht zu einem Verständigungsfrieden kommen ließen, als es noch Zeit war. Das deutsche Volk hat seine Schuldigkeit im Weltkriege bis zum letzten Atem. Es sollte sich diese Legende nicht weiter gefallen lassen. Es war ein Wunder, was das deutsche Volk geleistet hat und ein noch fast größeres Wunder war, daß es sich aus dem Chaos wieder aufrichtete und an die Arbeit ging. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir wieder empor kommen.

Jubiläumstagung des Landwirtschaftsrates.

Br. München, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am zweiten Tag der Jubiläumstagung des Landwirtschaftsrates eröffnete zunächst der Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover, v. Nebel, ein Referat über den gegenwärtigen Stand der Landwirtschaft. Er sagte keine Ausführungen ankommen in Zeitschriften, die u. a. fordern: Geheißer Schatz gegen die uneingeschränkte Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, Sicherung der Raumung von Werkwohnungen bei Bevölkerung des Dienstverhältnisses, vorbestimmte und schnelle Gewährung von Reichsgeldern auch für Betriebs- und Werkwohnungen auf dem Lande, keine Behinderung der Steigerung und Verbesserung der Arbeitsleistung auf dem Wege des Affordemens, besonderer Schutz lebenswichtiger landwirtschaftlicher Betriebe und Nebetriebe, Sinaushebung ausländischer Arbeitskräfte.

In der Auslosung wurde über die immer schlimmer werdende Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zur Industrie gefaßt. Ferner über die Verbesserung der Landarbeiter durch unverantwortliche Elemente, wodurch das Hilfswerk der Landwirtschaft aufs schwerste gefährdet werde.

Ministerialdirektor Hoffmann vom Reichsernährungsministerium leitete sich für die Beilegung der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte ein, weil sie praktisch nicht durchführbar sei.

Die Zeitsätze wurden zum Beschluß erhoben.

Die privaten Stellenvermittlungen.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im sozialpolitischen Ausblick des Reichstages wurde das Arbeitsnachweisgesetz erörtert. Schwierigkeiten ergaben sich noch in der Frage des Weiterbestehens der privaten Stellenvermittlung. Die Sozialdemokraten wollen sie bis mindestens 1931 bestehen lassen, die Demokraten sind dagegen der Meinung, daß man die bisherigen Stellenvermittler in ihrem Erwerbe belassen müsse, daß aber keine neuen Konzeptionen erteilt werden sollen. Das Gesetz des Gesetzes im Plenum ist noch ganz unklar, da mit zahlreichen Änderungsanträgen zu rechnen ist.

Ausschluß Lenins aus der sozialdemokratischen Partei?

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Schriftsteller Prof. Lench ist als Stellvertreter der Parteiführer in die Parteisitzung getreten. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ einsetzten. Wie eine Korrespondenz hört, wird nunmehr der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Partei sich mit der Angelegenheit Lench beschäftigen und es ist wahrscheinlich, daß das Ausschlußverfahren gegen Lench einleitet wird.

Eintrittsstunde bei Gefühlskurve 12 bis 1 Uhr.